

Egon Bahr

Zukunft der Rüstungskontrolle und
Abrüstung

aus:

Zur Eröffnung des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums
für Naturwissenschaft und Friedensforschung.

Herausgegeben von Martin B. Kalinowski und Hartwig Spitzer

(Hamburger Universitätsreden Neue Folge 11.

Herausgeberin: Die Präsidentin der Universität Hamburg)

S. 73–98

I M P R E S S U M

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-937816-40-1 (Printversion)

ISSN 0438-4822 (Printversion)

Lektorat: Jakob Michelsen, Hamburg
Gestaltung: Benno Kieselstein, Hamburg
Mitarbeit: Sweetlana Fremy, Hamburg
Realisierung: Hamburg University Press,
<http://hup.sub.uni-hamburg.de>

Erstellt mit StarOffice/OpenOffice.org

Druck: Uni-HH Print & Mail, Hamburg

© 2007 Hamburg University Press

Rechtsträger: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von
Ossietzky

I N H A L T

- 9 Martin B. Kalinowski und Hartwig Spitzer:
Vorwort
- 13 Reden aus Anlass der Eröffnung des Carl
Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für
Naturwissenschaft und Friedensforschung in
Hamburg am 7. Juli 2006
- 15 Jürgen Lüthje:
Begrüßung
- 27 Karin von Welck:
Grußwort
- 31 Volker Rittberger:
Grußwort für die Deutsche Stiftung Friedensforschung
- 47 Wolfgang Liebert:
Grußwort für den Forschungsverbund FONAS
- 53 Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Naturwissenschaft und Friedensforschung: eine
vertrackte Beziehung
- 73 **Egon Bahr:**
Zukunft der Rüstungskontrolle und Abrüstung
- 99 Ulrike Beisiegel und Martin B. Kalinowski:

Ziele und Arbeitsweise des Carl Friedrich von
Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und
Friedensforschung (ZNF)

- 113 Wolfgang K. H. Panofsky:
Between physics and politics – observations and
experiences of an involved physicist
- 129 Alyson J. K. Bailes:
International security threats and research challenges
- 145 Martin B. Kalinowski:
New developments in the verification of nuclear arms
control
- 155 Karin von Welck:
Ansprache beim Senatsempfang im Kaisersaal des
Hamburger Rathauses
- 163 Anhang
- 165 Beitragende
- 167 Programm
- 169 Abbildungen – Rednerinnen und Redner
- 175 Abbildungen – Eindrücke vom Festakt
- 181 Gesamtverzeichnis der bisher erschienenen Hamburger
Universitätsreden
- 187 Impressum

E g o n B a h r

ZUKUNFT DER RÜSTUNGSKONTROLLE
UND ABRÜSTUNG

Wir stehen nun nicht mehr am Beginn der Erfahrungen, wie die Welt mit einer Supermacht lebt.

Die Jahrzehnte vorher sahen die Gegnerschaft von zwei Blöcken, geführt von den beiden einzigen Mächten mit strategischen Atomwaffen, die mit ihrer Zweitschlagsfähigkeit im Stande waren, sich gegenseitig unakzeptierbaren Schaden zuzufügen. Daraus resultierte eine Blockdisziplin, eine Stabilität, so weit ihre Macht reichte, mit Ausstrahlungen darüber hinaus, ohne Krieg und Kriegstote.

Politik und Denken richteten sich auf eine unabsehbare Dauer dieser Welt, von der Bipolarität beherrscht. Also musste das Gleichgewicht erhalten werden; weil es labil war, auf einem möglichst niedrigen Niveau, das kontrollierbar mit dem Gegner vereinbart werden musste. Das verlangte Bemühungen zu Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und partieller Rüstungsreduktion. Die Funktion der Abschreckung musste weiter wirksam blei-

ben. Dieses System des logischen Widerspruchs mit einer Drohung, deren Anwendung den eigenen Untergang auslösen würde, hat dennoch funktioniert. Aus gemeinsamer Unsicherheit entstand gemeinsame Sicherheit. Diese Zwangspartner des Friedens bemühten sich nach Kräften, dem Gegner zu schaden, ihn zu schwächen in einem Kalten Krieg, der nicht heiß werden durfte.

Heute sieht die Welt anders aus. Das Gleichgewicht ist weg. Die Blockdisziplin ist mit dem Ende der Blöcke verschwunden. Die Idee der gemeinsamen Sicherheit ist verstaubte Erinnerung geworden. Der Partner für Rüstungsbegrenzung ist abhandengekommen. In der vergangenen Ära ist gerade noch ein Vertrag zur Verringerung der strategischen Atomwaffen gelungen mit dem erstaunlichen Ergebnis, dass die Furcht vor einem atomaren Krieg Platz gemacht hat für die Auferstehung des alten Denkens: Kriege kann man sich wieder leisten.

Die Hoffnung auf Sieg ist zurückgekehrt. Das Risiko scheint berechenbar für Minderheiten, kleine Völker, Ansprüche durchzusetzen, alte Rechnungen zu begleichen, selbstbestimmt zu werden, die Gunst der geographischen Lage und die von Rohstoffvorkommen zu nutzen. Die vielen Kriege seither werden als neue Gefahren bezeichnet, für deren Beherrschung kein System und keine Doktrin existiert.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich empfinde keine Sehnsucht nach einer schönen alten Welt, die zu gefährlich und zu schrecklich gewesen ist, als dass man sie sich zurückwünschen könnte. Ich habe gelernt, Realitäten zu erkennen, damit umzugehen und sie nach Möglichkeit zum Besseren zu wenden.

Das bedeutet für unser Thema: Die USA haben als erstes Land ihre Interessen definiert, nachdem sie als einzige Supermacht übrig geblieben sind. Ihre Analyse ergab: Wir wollen das bleiben. Dazu müssen wir militärtechnologisch Spitze bleiben, uneinholbar, überlegen jedem anderen Land oder jeder anderen Gruppe von Ländern, womöglich mit Bündnissen, notfalls allein, vorzugsweise mit Demokratien, auch Menschenrechte können nützlich sein. Diese Empfehlungen der „Kommission für Amerikas nationale Interessen“ sind seit 1996 von allen amerikanischen Präsidenten befolgt worden. Sie drücken die Grundlinie der amerikanischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen aus. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass sie sich künftig ändern werden.

Diese pure Machtanalyse gründet auf Unipolarität anstelle der Bipolarität, auf allgemeiner Überlegenheit statt Partnerschaft, auf militärischer Überlegenheit statt Gleichgewicht. Sie sucht Multipolarität auf dem Globus zu verhindern. Sie be-

schreibt in der Erkenntnis, dass Weltherrschaft jedenfalls außer Reichweite ist, das Ziel einer Weltvorherrschaft, im Wesentlichen gegründet auf militärischer Uneinholbarkeit. Dieses gigantische Vorhaben ist nicht weniger ehrgeizig als es der Auftrag Kennedys gewesen ist, innerhalb von zehn Jahren einen Menschen auf den Mond und von dort gesund wieder zur Erde zu bringen.

Hier soll weder von Idealen, weder echten noch vorgegebenen, weder von ethischen oder moralischen Faktoren die Rede sein noch von Arroganz, Brutalität, Vertragstreue oder willkürlichem Umgang mit eingegangenen Verpflichtungen. Wohin Überheblichkeit militärischen Denkens führen kann, gepaart mit der Verachtung nicht-militärischer Faktoren, haben wir am Beispiel Irak erlebt.

Ich möchte mich auf Implikationen für das Thema Rüstungskontrolle und Abrüstung beschränken. Man hätte sich vorstellen können, dass Amerika, nachdem es sich bewusst wurde, die erste Weltmacht in der Geschichte geworden zu sein, der Welt den Weg zu einer neuen Weltordnung gewiesen hätte, als *primus inter pares*. Ein solcher Weg hätte die Vereinten Nationen stärken müssen, um ihr Gewaltmonopol auch mit eigenen amerikanischen Streitkräften zu festigen, wirksame Krisenprävention für eine friedlichere Welt zu schaffen, um Kraft, Zeit und

Geld für die großen Menschheitsprobleme zu gewinnen: die Umwelt bewahren, den Hunger und die Armut bekämpfen, Wasser- und Energiereserven entwickeln. Solche Überlegungen hat es damals in Amerika gegeben. Das wäre neues Denken gewesen, wie es Gorbatschow vorgeschlagen hatte, der nicht stark genug war, es durchzusetzen. Amerika wäre stark genug gewesen. Man hätte sich vorstellen können, dass Amerika auf die Bewahrung seiner erreichten militärischen Überlegenheit geachtet hätte, auch indem es dieses durch Rüstungskontrolle kontrolliert und erst recht durch vorsorgende Rüstungskontrolle die Kontrolle des anderen institutionalisiert hätte. Aber die Versuchung war zu verlockend, den Weg fortzusetzen, der das Land an die Spitze geführt hat.

Ohne jede Bedrohung von außen beschlossen die USA, die sich früher einmal für Nachrüstungen entschuldigt hatten, nun eine Vorrüstung, eine Überrüstung, deren Grenzen nur noch von den Fähigkeiten seiner Ingenieure und seiner Industrie gesetzt wurden. Während andere Länder von Friedensdividende sprachen, investierte Amerika seine Siegdividenden in einen gewaltigen zusätzlichen Rüstungsvorsprung. Niemand konnte es hindern. Zu einer Ironie der Geschichte wurde es, dass Deutschland seine Friedensdividende einstrich, indem es die Bundes-

wehr auf eine Stärke von 370.000 Soldaten senkte und die deutschen Abrüstungsverpflichtungen des KSE-Vertrages von der NVA-Auflösung bezahlen ließ. Auch andere folgten gern den KSE-Vereinbarungen und verringerten ihre Streitkräfte mit dem nicht vereinbarten, aber nicht verbotenen Ergebnis, dass von Frankreich über Deutschland bis Russland nicht mehr benötigte Waffen und Rüstungen auf den Weltmarkt drängten und dort Aufrüstung bewirkten.

Der Zufall will es, dass wir ziemlich genau verfolgen können, wie Abrüstung und Rüstungskontrolle abhandengekommen sind. Seit 1987 registrieren die jährlichen Friedensgutachten des jeweils letzten Jahres die positiven und die negativen Entwicklungen. In der Vorbereitung für meine heutigen Überlegungen haben sie mir eine aufregende Lektüre beschert. Ich empfehle dringlich eine wissenschaftliche Auswertung dieser Gutachten. Sie dokumentieren die Entwicklung der letzten 20 Jahre unter dem Gesichtspunkt von Sicherheit, Stabilität und Frieden durch Abrüstung.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Die Voraussagen haben eine sehr viel höhere Trefferquote erreicht als die regelmäßigen Voraussagen des Wirtschafts-Sachverständigenrates. Die Prognosen und Lagebeurteilungen leiden dennoch insgesamt an ei-

ner Illusion: Viel Intelligenz und Zeit sind darauf verwendet worden, nachzuweisen, dass die Vorschläge wissenschaftlich begründet, machbar, militärisch sinnvoll und politisch nützlich sind. Zu wenig beachtet werden die Machtinteressen, die keiner wissenschaftlichen Logik folgen. Wo der politische Wille fehlt, wird das Mögliche nicht versucht. Die Sorge, Macht und Gewicht zu verlieren, und der Wunsch, Einfluss und Dominanz gegenüber dem Kontrahenten auszuweiten, sind bis heute bestimmend. Einen Kontrahenten gibt es immer, solange global oder regional der andere mehr als Konkurrent denn als Partner der eigenen Sicherheit gesehen wird.

Sofern der Wille da ist, kann das scheinbar Unmögliche erreicht werden. 1987 ist das Jahr des sensationellen Durchbruchs. Das INF-Abkommen beseitigt weltweit alle landgestützten Mittelstreckenraketen mit der Reichweite zwischen 500 und 5000 Kilometern. Seit diesem Jahr sind auch die vertrauensbildenden Maßnahmen in Kraft, die Einblicke in überraschende Truppenbewegungen und Manöver gestatten.

Einer der Mitbegründer des Friedensgutachtens, Klaus von Schubert, schreibt einen Essay über die Erfolge, die Gorbatschow durch seine Vorschläge in drei Jahren erreicht hat, indem er westliche Sicherheitsinteressen anerkennt und den wechsel-

seitigen Abbau von Offensivkapazitäten angeboten hat, mit der Konsequenz der Sicherheitspartnerschaft. Schubert definiert: „Das alte Denken ist unilateral. Das neue Denken ist multilateral.“ Die Analyse stimmt auch 20 Jahre danach.

Im Gutachten für 1989 wird untersucht, ob von der Rüstungskontrolle zur Abrüstung zu gelangen sei. Im Einzelnen wird die nukleare Rüstungskontrolle behandelt, die strategischen Offensivwaffen, die strategische Verteidigungsinitiative (SDI, volkstümlich „Krieg der Sterne“), das Problem der taktischen Atomwaffen und die Abrüstung konventioneller Streitkräfte. Im Sommer billigt der Warschauer Pakt ausdrücklich den Pluralismus im sozialistischen Lager, also das Ende der Breschnew-Doktrin, und im November fällt die Mauer. Die USA und die Sowjetunion betrachten sich nicht mehr als Gegner.

Für 1990 ist eine interessante Akzentverschiebung feststellbar. Auf der einen Seite wird die Hoffnung durchbuchstabiert, „auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung“ zu sein. Auf der anderen Seite wird schon die „NATO auf der Suche nach einer neuen Rolle“ gefunden und „die Debatte über einen erweiterten Auftrag der Bundeswehr“.

Einen klaren Bruch bringt das Jahr 1991. Das Jahrbuch fragt: „Deutsche Soldaten in alle Welt?“, untersucht in einem zweiten

großen Kapitel „globale Herausforderung und Konflikte“, in einem dritten „Probleme des Friedens in Europa“ – mit dem Bürgerkrieg in Jugoslawien, dem „Zerfall der Sowjetunion“, dem „Sprengsatz des Nationalismus“ – und widmet sich der „Sicherheitspolitik von NATO und EG“. Im vierten Kapitel wird die Rüstungskontrolle dann der militärischen Planung angehängt. Ein Jahr später ist Rüstungskontrolle abermals mit der militärischen Planung gekoppelt. Typisch das Thema der „NATO zwischen Abrüstung und Umrüstung“. Von da an ist Schluss mit der Abrüstung als bestimmendem Anliegen der Friedensgutachten.

1994 werden nur noch kollektive Sicherheit, globale Herausforderungen, Probleme des Friedens in Europa und außereuropäische Konflikte untersucht.

Selbstverständlich müssen die Forschungsinstitute in unserem Lande den Ereignissen folgen, für die sie nicht verantwortlich sind. Statt der gemeinsamen Suche nach den besten Abrüstungs- und Rüstungskontrollmöglichkeiten entsteht eine Kontroverse der Friedensforschung über die Beteiligung deutscher Soldaten an einem Krieg, zum ersten Mal nach dem Weltkrieg, und an Blauhelm-Aktionen der UN weltweit. Die Abrüstung ist dabei verloren gegangen.

*

Die Entwicklung, in der sich die Welt heute befindet, ist Wahnsinn. Der Sinn dessen, was geschieht, folgt der Logik, durch neue Waffensysteme Macht, Einfluss und Sicherheit zu schaffen. Aber es ist eben ein Wahn, auf diese Weise Stabilität und Frieden erreichen zu können. Sinn und Wahn ergänzen sich zu Wahnsinn. Im normalen Leben wird ein Wahnsinniger verrückt genannt. Im Wort Wahn ist noch Hoffnung und Erwartung enthalten; im Wahnsinn drückt sich der negative Umschlag in Wahnwitz aus. Sofern das Gehirn als Uhrwerk gedacht wurde, ist bei einem Verrückten eben eine Schraube locker. Es ist ein Irreter, ein Gestörter. Die nüchterne Analyse unserer Welt auf dem Gebiete von Rüstung ergibt einen Zustand der Geisteskrankheit in einem gefährlichen Stadium.

Diese Diagnose stützt sich auf die Erfahrungen der letzten 15 Jahre. Je mehr Rüstung, umso mehr Tote und umso mehr Kriege. Der akute Zustand zeigt Unbelehrbarkeit; denn wir hatten während des Ost-West-Konflikts schon gelernt, dass Rüstungskontrolle und Rüstungsreduktion mehr Sicherheit produzieren können, und zwar trotz des hochgefährlichen atomaren Gleichgewichts. Das historisch größte konventionelle Reduktionsabkommen ist bekannt und hat auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts weiterfunktioniert und -gewirkt. Neben die-

ser sensationellen Bändigung von Hardware gab es auch die vereinbarte Software der Charta von Paris. Theorie und Praxis für Stabilität in Europa mit Russland und Amerika waren bekannt und wurden nicht weiterverfolgt. Man kann nur hoffen, dass aus der bisherigen Unbelehrbarkeit nicht eine Unheilbarkeit wird.

Der Blick in den nuklearen Abgrund dank ihrer Zweitschlagsfähigkeit ließen Washington und Moskau zurückschrecken. Weder Kuba oder Berlin noch Deutschland lohnten Krieg. Falls dennoch ein Konflikt entstand, dann sollte er jedenfalls auf das Zentrum Europas beschränkt werden. Daraus wurde das Rennen der Mittel- und Kurzstreckenraketen. Moskau meinte, die Eskalation lasse sich nicht stoppen, wenn erst einmal die atomare Schwelle überschritten sein würde, Washington dachte, das Interesse an der Begrenzung würde wahrscheinlich doch funktionieren. Diese unterschiedlichen Doktrinen wurden zu unserem Glück nie erprobt.

Natürlich konnte das für die Objekte dieser Kalkulation der Großen nicht beruhigend sein. Im Gegenteil: In einem Gebiet zu leben, das potenzielles Ziel sehr vieler Atomwaffen war, die jenseits des Atlantik als „Theater-Nukes“ bezeichnet wurden, aber hier durchaus nicht nur taktische Zerstörungen anrichten würden, musste alarmieren. Sobald das Zentrum Europas zum ato-

maren Exerzierplatz werden würde, würden mindestens die Deutschen nicht einmal erfahren, ob der atomare Krieg noch angehalten werden konnte oder unbegrenzt blieb.

Auf dem atomaren Sektor hatten wir nichts zu sagen. De Gaulles Diktum galt, dass die Verfügung über Atomwaffen der letzte Ausdruck der Souveränität eines Staates sei, mit keinem anderen Land zu teilen, auch nicht mit dem besten Freund. Diese Definition gilt bis heute. Diese Ohnmacht konnte nur relativiert werden, wenn die Ursache der atomaren Überrüstung in Europa beseitigt werden konnte, die konventionelle Ungleichheit. Ein konventionelles Gleichgewicht sollte kontrollierbar praktisch eine Nicht-Angriffsfähigkeit bringen und damit die taktischen Atomwaffen überflüssig machen. Als Willy Brandt Leonid Breschnew für diese Gedanken gewann, 1971 auf der Krim, eröffnete das den Weg, dass die Selbstbestimmung Europas auch verteidigungspolitisch eine Bedeutung erhalten konnte.

*

Der Rückblick zeigt, dass die Metastasen des alten Denkens nicht tot sind. Die Erfahrungen mit der singulären Supermacht lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Die Rüstungskontrolle und Abrüstung, wie sie sich für Europa bewährt haben, sind tot. Man kann ihnen auch keine Zukunft voraussagen.

Amerika hat sich von alten Bindungen befreit und wird neue nur eingehen, soweit sie die souveräne Entscheidungsfreiheit Amerikas zulassen, zu tun, was es in seinem Interesse für richtig hält.

Das gilt für Atomwaffen ohnehin. Dort sind Kontrollen anderer erwünscht, die Amerika für sich nicht zulässt. Eine internationale Kontrolle, wie weit Washington und Moskau ihre Reduktionsvereinbarungen halten, gibt es nicht. Kein Land schlägt Derartiges vor; es würde sich lächerlich machen.

Der atomare Hintergrund der globalen Sicherheit darf nicht unterschätzt werden, auch wenn wenig darüber gesprochen wird. Die erklärte amerikanische Entscheidungsfreiheit hat Folgen. Sie hat auch andere in die zweifelhafte Freiheit entlassen, soweit sie dazu fähig sind. Anfang Mai dieses Jahres hat Wladimir Putin in seinem Jahresbericht zur Lage der Nation erklärt: Von einem Ende des Wettrüstens zu sprechen sei kindisch oder unreif. In Wirklichkeit gebe es eine neue Aufrüstung, einen Wettlauf zu einer neuen technischen Ebene. Die ersten beiden atomgetriebenen U-Boote, die seit 1990 mit Interkontinentalraketen konstruiert wurden, könnten bald in Dienst gestellt werden. Wenn Amerika sein Haus zu seiner Festung mache, müsse das auch Russland tun, auf den drei Ebenen Land, Luft und See.

Soweit das mit einem Bruchteil der amerikanischen Aufwendungen möglich ist, werden also seine Streitkräfte modernisiert, was zahlenmäßig Verringerung verlangt und mit zwei Dritteln Berufssoldaten auch ermöglicht. Anders als Putin mit seiner westlichen Neigung zu relativ offener Ankündigung ist China relativ schweigsam. Es gilt als ausgemacht, dass es eine strategische Flottenstärke zum Schutz seiner Rohstoffzufuhren entwickelt. Über Programm und Zahlen seiner Atomraketen wird nichts veröffentlicht. Gleiches gilt für Indien. Japan rüstet auf allen Gebieten mit Ausnahme von Atomwaffen. Von Rüstungskontrolle ist keine Rede.

Das Endforum der Genfer Abrüstungskonferenz hat seit einem Jahrzehnt keinen Vertrag mehr behandelt oder verabschiedet. Das koinzidiert mit der Studie über „Amerikas nationale Interessen“ von 1996. Nun soll die Genfer Konferenz bis zum Herbst einen amerikanischen Vertragsentwurf behandeln, der die Herstellung spaltbaren Materials verbieten will, jedenfalls für Staaten, die keine Atomwaffen haben. Die Vorräte der Atomstaaten für Modernisierung und den Bau neuer Waffen sind davon ebenso ausgenommen wie der Betrieb atomgetriebener U-Boote. Auch wenn das gegen den Iran zielt, könnte daraus ein Ansatz, wenngleich ein kleiner Ansatz, für ein interna-

tionales Regime werden, dem sich auch die Atomkräfte unterwerfen. Aber die Kontrolle eines derartigen Vertrages sollen die Atomstaaten mit „nationalen Mitteln“ besorgen. Sie sollen sich also selbst kontrollieren oder durch ihre Spione herausfinden, ob die anderen sich daran halten. Was die anderen Atomstaaten anstellen, versuchen ihre Dienste auch jetzt schon herauszubekommen. Es würde sich also nichts ändern. Es ist die Fortsetzung dessen, was vor 40 Jahren die Gegner des deutschen Beitritts zum Atomwaffensperrvertrag so formuliert haben: „Die gefallenen Engel wollen alle anderen davon abhalten, auch in Sünde zu fallen.“

*

In ihrem berühmten Lied fragt Marlene Dietrich: „Sag mir, wo die Blumen sind, wo sind sie geblieben?“ „Was ist geschehen?“, fragte kürzlich der angesehene und erfolgreiche UN-Vermittler Lakhdar Brahimi mit Blick auf Afghanistan, Ost-Timor, den Sudan und den Irak. Seine Antwort: „Wir lassen uns hinreißen.“ Wir haben uns hinreißen lassen, auch die Friedensforschung, die öffentliche Meinung, die Regierungen, in Asien nicht weniger als in Europa, Afrika hinkt nach.

Den Befund Brahimis kann man an sechs Komplexen beispielhaft deutlich machen. Im Einzelnen haben wir uns hinreißen lassen von den Folgen der Kriegserklärung gegen den Ter-

ror, von dem Programm zur Neuordnung im Mittleren Osten, von dem Schwerpunktziel der Demokratie, von der Option, eine iranische Bombe mit militärischen Mitteln auszuschalten, von der politischen Hypertrophie des militärischen Denkens und von dem Rüstungsprogramm der USA, das Europa mitmacht mit der Neigung zu seiner Unterstützung.

Terrorismus ist eine Methode des Kampfes Schwächerer gegen Stärkere. Diese Grundsituation verlangt eine Auseinandersetzung mit asymmetrischen Mitteln. Bekanntlich hat Lenin den individuellen Terror verurteilt, nicht aus Prinzip, sondern weil er den verhassten Zaren nicht stürzen, sondern stärken würde. Wenn wir heute über Terrorismus diskutieren, tauchen die unvergessbaren Schreckensbilder des 11. September 2001 auf, in den Augen der Urheber erfolgreiche Schläge entstaatlichter Gewalt gegen den mächtigsten Staat der Welt. Auch in diesem Falle wurde der Angegriffene gestärkt. Er benutzte die schockierende Tat zur reibungslosen Legitimierung seiner vorher geplanten militärischen Rüstung, er formierte die Sorge anderer Staaten vor potenzieller Destabilisierung durch ähnliche Schläge zu einem weltweiten Bündnis gegen den Terror und konnte für die eigenen Machtinteressen Stützpunkte in Zentralasien gewinnen. Außerdem reagierte Amerika psycholo-

gisch erklärbar mit dem, was es im Überfluss hatte, militärische Macht, sowie der Einschränkung ziviler Rechte zu verbesserter künftiger Abwehr.

Der Einsatz in diesem Krieg, mit dem Amerika die Kriegserklärung Osama Bin Ladens beantwortet hat, ist global, in seinen technischen Mitteln asymmetrisch modern und in seinen Waffen asymmetrisch überlegen. Wer dagegen Erfolg haben will, kann nur mit asymmetrischen Mitteln kämpfen und die Vorteile nutzen, für die Mao Zedong das Bild von den Fischen im Wasser geprägt hat. Das Gehirn muss über beachtliche Fähigkeiten verfügen, das sich diese Strategie ausgedacht hat. Die verächtlichen und diskriminierenden Bezeichnungen „Verbrecher“ und „Terrorist“ werden dem Problem nicht gerecht. Jedenfalls hat er vermocht, das Bewusstsein der Welt auf seine Themen zu konzentrieren. Eine derartige Wirkung haben nicht sehr viele Menschen in den letzten 100 Jahren erreicht. Ihm kommt seine Unerreichbarkeit zugute, nun schon mehr als fünf Jahre lang, trotz des eingesetzten imposanten Arsenal, zumal seine Ziele keine Verhandlung und keine Kompromisse gestatten. Die beiden erklärten Ziele sind „das Böse aus der Welt zu schaffen“ und die Befreiung der arabischen Welt von fremder Herrschaft. Dabei glauben Beobachter über ausreichende Indizien zu verfügen,

dass Al Kaida keine zentral gelenkte Organisation mehr ist, sondern aus regionalen, unabhängig von einander agierenden Verbindungen besteht, die selbstständig in die Richtung der Ziele agieren, die Bin Laden vorgegeben hat. Es würde da nicht genügen, „den Kopf“ auszuschalten, sondern viele Köpfe, um zu siegen.

Neben den Netzwerken der Staaten, die den Bewegungsspielraum für die asymmetrischen Kämpfer eingeengt haben, sind die Überlegungen zum Humus, auf dem die Bedrohung wächst, insgesamt zu der Antwort gekommen, dass man Menschen in zurückgebliebenen Gesellschaften begründete Aussicht auf eine bessere Zukunft schaffen muss. Das ist bestimmt eine richtige Erkenntnis, die allerdings Zeit verlangt und den Einsatz finanzieller Mittel, die bisher kaum erkennbar flüssig gemacht worden sind. Aber sie geht meines Erachtens an dem Kern des religiösen Hintergrunds vorbei. Solange der Westen meint, er verkörpere die zivilisierte Welt, er kämpfe gegen Verbrecher, irregeleitete und der Vernunft nicht zugängliche Menschen, verfällt er einer Selbsttäuschung. Die fundamentale Kraft mit der Bereitschaft zur Selbsttötung wächst eher aus der Überzeugung, den eigenen Glauben verteidigen zu müssen. Amerika hat den Eindruck hervorgerufen, es sei gegen die islamische Welt und rechtfertige seine imperialistischen Ziele unter Einsatz

seiner militärischen Überlegenheit mit der Ausbreitung von Demokratie. Amerika hat seine Glaubwürdigkeit verloren, wahrscheinlich für geraume Zeit, und wird sie nicht zurückgewinnen, solange es nicht überzeugend nachweist, dass seine Ziele nicht zwangsläufig eine antiislamische Politik verlangen. Der Zeitbedarf dafür reicht jedenfalls über die gegenwärtige Administration hinaus und die beunruhigende allgemeine Ratlosigkeit, wie der gordische Knoten im Nahen und Mittleren Osten gelöst werden könnte.

Hier ist für den Westen insgesamt ein Problem entstanden, solange er den antiislamischen Verdacht insgesamt zulässt. Der Gefahr einer Glaubensfront zwischen Christentum und Islam kann wahrscheinlich nur begegnet werden, wenn Europa, zweifelsfrei Teil des Westens, selbstbestimmt seine Tradition des Gewaltverzichts wiederbelebt. Gewaltverzicht hat nie Verteidigungsbereitschaft in Frage gestellt. Das würde eine Emanzipation von Amerika verlangen, weil die Grundsätze friedlicher Koexistenz offensive Bedrohung ausschließen. Sofern die asymmetrischen Kämpfer gegen die empfundene Bedrohung ihrer Religion motiviert sind, würde diese Quelle jedenfalls teilweise versiegen.

Was eigentlich ist die Legitimation des amerikanischen Programms zur Neuordnung des Mittleren Ostens? Ist es mora-

lisch, ethisch, rechtlich begründet, einer von Amerika weit entfernten, geschichtsträchtigen Region eine neue Struktur geben zu wollen? Ich kann nur ein machtpolitisches Interesse erkennen, den eigenen Einfluss auszudehnen und sich dabei den sicheren Zugriff auf wichtige Energiequellen zu sichern. Das mag legitim sein, auch ohne Deckung durch die Charta der Vereinten Nationen. Aber erstaunlich ist, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Europa mit dem amerikanischen Neuordnungsziel identifiziert, als sei es gewissermaßen naturgegeben, dass Amerika Unterstützung erwarten kann, ohne auch nur eine Diskussion über die angewendeten Mittel zuzulassen. Das geht über den Irak-Krieg hinaus. Europa hat sich der Entscheidung der USA diskussionslos angeschlossen, in welcher geostrategischen Richtung es seinen Interessen folgen will. Amerikas Macht reicht dazu aus; eine selbstbewusste Führung Europas könnte sie vielleicht beeinflussen, aber wohl nicht hindern. Dass es diese Führung nicht gibt, ist nicht Amerika vorzuwerfen.

Ausbreitung der Demokratie steht auf dem Banner, das Amerika seiner Politik vorausflattern lässt. Spätestens seit Boris Jelzin Russland zur Demokratie erklärt hat und Menschen in Moskau etwas später das Wort Demokratie mit Armut, Not und Korruption gleichsetzten, wissen wir, dass es Länder gibt, die

sich nicht nach unseren demokratischen Maßstäben regieren lassen, wenn ihnen die notwendige Tradition fehlt. Schließt Demokratie nicht auch das Recht eines Landes ein, nicht demokratisch im westlichen Sinn leben zu wollen? Nach europäischer Erfahrung ist der Rechtsstaat für seine Bewohner noch wichtiger als Demokratie. Wir können auf die starke Anziehungskraft der Demokratie vertrauen, wenn ein Land nach innen rechtsstaatlich handelt und nach außen die Charta der Vereinten Nationen befolgt. Demokratie lässt sich nicht auferlegen. Europa lehnt Gewalt zur Einführung der Demokratie ab.

Europas Tradition, wie sie in der Charta von Paris formuliert ist, gestattet nicht, ein Amerika zu unterstützen, das sich militärische Optionen vorbehält, um eine iranische Atomwaffe zu verhindern. Das europäische Interesse ist ungeteilt gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen; aber es ist geteilt, wenn es darum geht, dass die Atommächte den Verpflichtungen nachkommen, die sie im NPT-Vertrag zugesagt haben. Die nicht-atomaren europäischen Länder können gar nicht anders, als den Einsatz von Atomwaffen gegen nicht-atomare Staaten abzulehnen. Die ursprünglichen fünf Atomstaaten haben die fortgesetzte Proliferation nicht verhindert. Amerika würde es brüsk zurückweisen, wenn der Iran anbieten würde, sich glei-

chen Kontrollen wie Israel zu unterwerfen, und hat gerade die atomare Zusammenarbeit mit Indien vereinbart.

In diesem Zusammenhang hat das Aufrüstungsprogramm der USA eine öffentlich kaum diskutierte Auswirkung auf die NATO und Deutschland. Die Sicherheitsdoktrin vom September 2002 mit ihrem Anspruch auf präventives und präemptives Handeln auch ohne Mandat der UN ist komplettiert worden durch den Entwurf für eine neue Nukleardoktrin. Vergrößert entspricht die Entwicklung raffinierter Mini-Nukes der unvergesslichen Formel Konrad Adenauers, Atomwaffen seien eine Weiterentwicklung der Artillerie. Sie sind für den Einsatz gedacht, wenn die politische und militärische Führung das zum Erreichen der gesetzten Ziele in einem Konflikt für richtig hält. Das bedeutet nicht nur die Senkung der atomaren Schwelle, sondern die Nutzung in einer konventionellen Auseinandersetzung, auch im Krieg gegen den Terror.

Neben den hier nicht zu erörternden Grundsatzfragen stellt sich das Problem, dass der NATO-Rat bei den kleinen Atomwaffen kein größeres Mitwirkungsrecht erhalten dürfte als in der Zeit des Ost-West-Konflikts, also praktisch keins. Eine schnelle Eingreif-Formation zur Unterstützung einer amerikanischen Aktion könnte sich also unversehens in einem atomaren

Szenario finden, zumal die Stabschefs korrekt darauf hingewiesen haben, dass es keinen Vertrag gibt, der den Einsatz atomarer Waffen verbietet. Eine derartig neue Doktrin würde eine förmliche Vereinbarung erfordern, keine Mini-Nukes einzusetzen, wo europäische Krisenreaktionskräfte eingesetzt werden sollen. Der neue Charakter von Atomwaffen, die zu Kampfmiteln werden, muss auch hier diskutiert werden, weil es Europa berührt.

Eine sicherheitspolitische Grundsatzdebatte verdient auch die Tatsache, dass Europa sich praktisch den amerikanischen konventionellen Modernisierungsprogrammen angeschlossen hat. Als sei es selbstverständlich, dass europäische Streitkräfte so ausgerüstet sein müssen, um kompatibel mit und neben amerikanischen Verbänden eingesetzt werden zu können. Europa hatte nicht die Kraft, zu diskutieren und zu definieren, ob zwischen den europäischen und den amerikanischen Interessen ein Unterschied besteht, der aus den vorwiegend globalen und vorwiegend europäischen Verantwortungen herrührt. Die amerikanischen Fähigkeiten, um einen Irak-Krieg zu führen, braucht Europa nicht. Unterschiedliche Aufgaben verlangen unterschiedliche Ausrüstungen. Das ist in Afghanistan zu beobachten, wo Friedenserhaltung und Friedenserzwingung durchaus

unterschiedliche Fähigkeiten verlangen. Streitkräfte eines selbstbestimmten Europas müssen modern ausgerüstet sein, um alle Garantien erfüllen zu können, die Europa für die friedliche Entwicklung eines Landes oder einer Region gibt. Dazu sind nicht die *high-sophisticated* Mittel erforderlich, die Amerika ohnehin nicht weitergibt. Derartige europäische Streitkräfte wären die Garantie einer stabilisierenden und nicht bedrohlichen Friedensmacht. Sie würden auch der abfärbenden Neigung zu einer politischen Hypertrophie des militärischen Denkens entgegenwirken.

Vor einem Monat hat die Internationale Kommission zum Thema der Massenvernichtungswaffen unter der Leitung von Hans Blix ihren Bericht vorgelegt. Alarmiert von einem Rüstungswettlauf um neue Raketen-, Atom- und Weltraumwaffen schlägt sie vor, dass die Vereinten Nationen einen Weltgipfel zu Abrüstung, Nichtverbreitung und Massenvernichtungswaffen einberufen sollten. Die Risiken ungebändigter Aufrüstung wachsen, wenn die Welt nicht versteht, dass sie Regeln für eine globale Zwangspartnerschaft erarbeiten muss, vergleichbar der Zwangspartnerschaft des Friedens während des Ost-West-Konfliktes. Wenn ein vergleichbarer Grad von Stabilität erreicht werden könnte, wären die Staaten im Stande, sich den Weltpro-

blemen zuzuwenden, die uns zur Zusammenarbeit nötigen, objektiv eigentlich zwingen.

Der Befund unserer Welt verlangt die Wiedergeburt von Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle. Das ist eine Aufgabe, bei der Europa Erfahrungen und Interessen hat. Seine positiven Erfahrungen liegen auf der Hand. Die Interessen ergeben sich aus seiner Tradition, seinen Werten und seinem Willen zur Selbstbestimmung. Eine europäische Initiative zur Renaissance von Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle würde eine weltweite Wirkung entfalten. Eine solche Initiative könnte während der deutschen EU-Präsidentschaft vorbereitet werden. Es wäre zu sondieren, ob und welche der Mitglieder die Idee unterstützen würden, die sich aus den sechs beispielhaften Komplexen und anderen Punkten analysieren lassen, zu denen der unerhörte Schwung amerikanischer Dominanz die Welt immer noch mitreißt.

Unabhängig davon könnte die Bundesregierung das Markenzeichen deutscher Entspannungspolitik wiederbeleben. Sie könnte im NATO-Rat die notwendigen Klärungen zur Atompolitik anregen. Sie könnte auf ihre Verfassungslage durch Artikel 26 des Grundgesetzes hinweisen, die eine deutsche Teilnahme an militärischen Aktionen ohne Mandat der UN verbietet. Sie

könnte klären, welche Auswirkung das auf die deutsche Beteiligung an den schnellen Eingreifkräften der NATO hat. Sie könnte vorschlagen, die gegenseitige Drohung von NATO und Russland zum Erstgebrauch von Atomwaffen abzuschaffen. Das passt nicht mehr in die Landschaft beiderseitiger Strategischer Partnerschaft und wachsender Freundschaft.

Sie könnte dafür sorgen, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung wieder eine Zukunft erhalten, die mit dem deutschen Namen verbunden wird.